

ASIEN

The German Journal on Contemporary Asia

Nr. 112-113 | Oktober 2009

Konflikte um biokulturelle Diversität in Thailand: Moderne Herausforderungen an Karen-Gemeinschaften im Weltnaturerbe Thung Yai

Wissen und Entwicklung in Singapur - Trends und Thesen

Hintergründe des Grenzkonflikts zwischen Thailand und Kambodscha

Die Institutionalisierung der Parteiensysteme in Ostmalaysia (Sarawak und Sabah): Demokratisierung oder Herrschaftsstabilisierung

Entwicklungspotentiale in Südwestchina: Hintergründe und Auswirkungen zu Yunnans ambitioniertem Hydroenergie- und Verkehrsinfrastrukturausbau

Congress Comeback in the Indian Elections of 2009

Chancen, Risiken und Perspektiven regionaler Integration für Vietnam. Fünfzehn Jahre Mitgliedschaft in der ASEAN

C 13206
ISSN 0721-5231

Deutsche Gesellschaft für Asienkunde e.V.
German Association for Asian Studies



ASIEN

Begründet von Günter Diehl
und Werner Draguhn

Editorial Manager

Jörg Joswiak
Max Jakob Fölster

Editor

Günter Schucher

Editorial Board

P. Christian Hauswedell
Claudia Derichs
Christian Wagner
Günter Schucher
Vincent Houben
Werner Pascha
Gunter Schubert

International Board

Sanjaya Baru, Indien
Anne Booth, England
Chu Yun-han, Taiwan ROC
Lowell Dittmer, USA
Reinhard Drifte, England
Park Sung-Hoon, Südkorea
Anthony Reid, Singapur
Ulrike Schaede, USA
Jusuf Wanandi, Indonesien

ASIEN ist eine referierte Fachzeitschrift. ASIEN veröffentlicht wissenschaftliche Beiträge aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur zum gegenwärtigen Asien. Jeder eingereichte Artikel wird zwei Gutachtern aus dem zuständigen Wissenschaftlichen Beirat der Gesellschaft anonymisiert zur Begutachtung zugeleitet (*double-blind*-Verfahren).

ASIEN ist die Mitgliederzeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde e.V. Die Redaktion freut sich besonders, wenn Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde die Zeitschrift durch Übersendung von Aufsätzen zu einschlägigen Themen sowie von Rezensionen, Konferenzberichten und Informationen zu Forschung und Lehre unterstützen.

ASIEN erscheint vierteljährlich. Mitglieder erhalten ASIEN kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 60,00 Euro (zzgl. Porto und Versand)

Hinweise für Autoren und Autorinnen

Manuskripte sollten in Deutsch (neue Rechtschreibung) oder Englisch abgefasst sein und müssen den Vorgaben der ASIEN-Redaktion entsprechen. Dies gilt besonders für wiss. Artikel. *Ein Honorar kann leider nicht gezahlt werden. Englischsprachige Beiträge müssen vor Abgabe von einem native speaker geprüft worden sein.*

Wissenschaftliche Artikel müssen 45-50.000 Zeichen umfassen (ca. 20 Seiten) und per E-Mail-Attachment in einem weiterverarbeitbaren Format (doc-, rtf-Datei) zugesandt werden. Grafiken sind bitte getrennt in guter Qualität abzuspeichern. Weiterhin sind ein 15-20-zeiliger englischsprachiger Summary sowie kurze biografische Angaben (Name, Institution, Position) an die Redaktion zu schicken.

Die anonymisierten Artikel werden dann von ZWEI Gutachtern des zuständigen Wissenschaftlichen Beirats der DGA begutachtet. Der/die Autor/in bekommt i.d.R. innerhalb von 3 Monaten Bescheid, ob und mit welcher Kritik sein/ihr Beitrag zur Veröffentlichung angenommen wurde und wann er veröffentlicht wird. Ungefähr 4 Wochen vor Drucklegung erhält der/die Autor/in seinen/ihren Beitrag zur Korrektur. Zu prüfen ist die Arbeit auf Druckfehler, auf Vollständigkeit und Stellung der Abbildungen und Tabellen sowie auf eventuell von der Redaktion angemerkte Fragen. Den Umfang verändernde Verbesserungen müssen unterbleiben. Nach Veröffentlichung erhält der/die Autor/in zwei Belegexemplare der Zeitschrift sowie seine/ihre Arbeit als Word-Dokument und als PDF inklusive Umschlag und Inhaltsverzeichnis.

Konferenzberichte sollten 5.000 Zeichen nicht überschreiten (max. 2 Seiten). Der/die Autor/in sollte sein/ihr Manuskript als E-Mail-Attachment in einem weiterverarbeitbaren Format (doc-, rtf-Datei) zusenden. Folgende Angaben sollten vorhanden sein: Konferenztitel, Zeit, Ort. Die Veröffentlichung erfolgt, soweit möglich, im nächsten folgenden Heft. Der/die Autor/in erhält nach der Veröffentlichung ein Belegexemplar.

Rezensionen sollten 5.000 Zeichen nicht überschreiten (max. 2 Seiten). Sie sollten u.a. Informationen über das Anliegen und die Thesen des Autors/der Autorin/Autoren enthalten, den Inhalt der Publikation kurz skizzieren und evtl. auch auf die mögliche(n) Zielgruppe(n) hinweisen. Der/die Autor/in sollte sein/ihr Manuskript als E-Mail-Attachment in einem weiterverarbeitbaren Format (doc-, rtf-Datei) zusenden. Folgende Angaben sollten vorhanden sein: Autor, Buchtitel, Ort: Verlag, Jahr, Seitenzahl, Preis. Die Veröffentlichung erfolgt sobald wie möglich. Der/die Autor/in erhält nach der Veröffentlichung ein Belegexemplar.

Informationen zu asienwissenschaftlichen Themen oder zu Forschung/Lehre/Informationen sollten möglichst kurz sein. Die AutorInnen sollten Textvorschläge als E-Mail-Attachment in einem weiterverarbeitbaren Format (doc-, rtf-Datei) zusenden.

Printed by DSN – Druck Service Nord, 21465 Wentorf, info@dsndruck.de

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Ihr Nachdruck – auch auszugsweise – darf nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion erfolgen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgebenden wieder.

EDITORIAL

- Asien in der Krise 7
(Margot Schüller)

REFERIERTE WISS. ARTIKEL

- Reiner Buergin 9
Konflikte um biokulturelle Diversität in Thailand: Moderne
Herausforderungen an Karen-Gemeinschaften im Weltnaturerbe
Thung Yai
- Thomas Menkhoff, Solvay Gerke, Hans-Dieter Evers, Chay Yue-Wah 31
Wissen und Entwicklung in Singapur - Trends und Thesen
- Martin Wagener 53
Schusswechsel am Preah Vihear:
Hintergründe des Grenzkonflikts zwischen Thailand und Kambodscha
- Andreas Ufen 85
Die Institutionalisierung der Parteiensysteme in Ostmalaysia (Sarawak
und Sabah): Demokratisierung oder Herrschaftsstabilisierung

RESEARCH NOTES

- Thomas Hennig 103
Entwicklungspotentiale in Südwestchina. Hintergründe und
Auswirkungen zu Yunnans ambitioniertem Hydroenergie- und
Verkehrsinfrastrukturausbau

ASIEN AKTUELL

- Dietmar Rothermund 123
Congress Comeback in the Indian Elections of 2009
- Andreas Grimmel 130
Chancen, Risiken und Perspektiven regionaler Integration für
Vietnam. Fünfzehn Jahre Mitgliedschaft in der ASEAN

KONFERENZBERICHTE

- Konferenzreihe "China Goes Global" 141
Harvard University, 8.10.-10.10.2008 und 30.9.-2.10.2009
(Yun Schüler-Zhou, Margot Schüller)
- Religion and Globalization in Asia: Prospects, Patterns, and Problems for
the 21st Century 143
Conference, USF Centre for the Pacific Rim, San Francisco,
California, USA, 13.-14.03.2009 (Sebastian Hiltner)
- Myanmar/Burma Elections 2010: Support or Boycott? 147
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Berlin 26.6.2009
(Moritz Kleine-Brockhoff)

Chinese Investments in Europe – Data, Patterns and Strategies International Workshop organized by the German Institute for Global and Area Studies (GIGA-IAS) in cooperation with the German Federal Association of Mergers & Acquisition, Hamburg, 28th -29th June, 2009 (Magnus C. M. Brod)	149
Tagung der Nachwuchsgruppe der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde Bonn, 03.-05. Juli 2009 (Eva Ottendörfer)	151
International Convention of Asia Scholars 6 Daejeon, Republic of Korea, August 6-9, 2009 (David Shim, Marcus Conlé)	154
Indien nach der Wahl: Politik - Religion – Gewalt Evangelische Akademie Bad Boll, 18.-20. September 2009 (Jona Aravind Dohrmann)	155
Ressourcen, Klima und Umwelt in Ostasien Arbeitskreis Ostasien beim Deutschen Geographentag, Wien, 23. September 2009 (Thomas Feldhoff)	159
Labor Relations and Labor Rights under the Global Recession Internationale Tagung, Guangzhou, China, 6.-9. November 2009 (György Széll)	163
REZENSIONEN	
Bidyut Chakrabarthy: Indian Politics and Society since Independence: Events, processes and ideology (Tatiana Oranskaia)	166
Mira Fels: Making sense of corruption in India. An investigation into the logic of bribery (Wolfgang-Peter Zingel)	167
Rasheed Kidwai: Sonia - a biography, überarb. Fassung des 2003 erstmal erschienenen Bandes (Jona Aravind Dohrmann)	168
Trudy Jacobson: Lost Goddesses. The Denial of Female Power in Cambodian History (Stephan Engelkamp)	170
Marco Bünte, Andreas Ufen (eds.): Democratization in Post-Suharto Indonesia (Bernhard Dahm)	172
Jutta Berninghausen, Birgit Kerstan, Nena Soeprapto-Jansen: Schleier, Sarong, Minirock – Frauen im kulturellen Wandel Indonesiens (Genia Findeisen)	175
Andreas Lange: Inselreich im Umbruch. Die Entwicklungswege der philippinischen Provinzen Cebu und Leyte (Magdalena Grundmann)	177
Rabea Volkmann: Der lange Weg zur Demokratie. Die politische Entwicklung Thailands und Indonesiens im Vergleich (Genia Findeisen)	178
Duncan McCargo: Tearing Apart the Land: Islam and Legitimacy in Southern Thailand (Marco Bünte)	180
Eiichi Kido: Die Remilitarisierung Japans nach 1945. Rückkehr zu einem militanten Nationalismus? (György Széll)	182
Bernd Eberstein: Hamburg – Kanton 1731. Der Beginn des Hamburger Chinahandels (Hans-Wilm Schütte)	184

David Shambaugh: China's Communist Party. Atrophy and Adaptation (Johannes Gabriel)	185
Karl-Heinz Pohl: China für Anfänger. Eine faszinierende Welt entdecken (Michael Poerner)	187
Kirsten W. Endres (Hg.): Zwischen Dreisam und Jangtse. Chinesische Migranten in Freiburg erzählen ihre Lebensgeschichte (Stephanie Römer)	188
Yoshiko Ashiwa, David L. Wank (eds.): Making Religion, Making the State. The Politics of Religion in Modern China (Monika Gänßbauer)	190
Yasheng Huang: Capitalism with Chinese Characteristics. Entrepreneurship and the State (Johannes Gabriel)	191
Felix Wemheuer (Hg.): Maoismus. Ideengeschichte und revolutionärer Geist (Kathrin Neunteufel)	193
Grit Grigoleit: Integriationsvarianten. Die Hmong in den USA (Boike Rehbein)	194
Susan L. Shirk: China: Fragile Superpower. How China's Internal Politics Could Derail Its Peaceful Rise (Günter Schucher)	195
Sung-hae Kim, James Heisig (eds.): Encounters: The New Religions of Korea and Christianity (Lukas Pokorny)	197
David Lewis: The Temptations of Tyranny in Central Asia (Albrecht Rothacher)	198
NEUERE LITERATUR	201
DGA INTERN	
Informationen zur Arbeit in der Geschäftsstelle (Günter Schucher)	218
Tätigkeitsbericht der Geschäftsführung für die Jahre 2007 bis 2009 (Jörg Joswiak)	219
Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung der DGA (Jörg Joswiak)	232
AUTORINNEN UND AUTOREN DIESER AUSGABE	237
ONLINE-BEILAGE AUF WWW.ASIENKUNDE.DE	
Asienkundliche Lehrveranstaltungen im Sommersemester 2010	

Die Institutionalisierung der Parteiensysteme in Ostmalaysia (Sarawak und Sabah): Demokratisierung oder Herrschaftsstabilisierung?

Andreas Ufen

Summary

Seit den 1960er-Jahren hat sich der Institutionalisierungsgrad der beiden Parteiensysteme in Sabah und Sarawak erhöht. Diese Institutionalisierung ergibt sich nicht in erster Linie aus einer stärkeren zivilgesellschaftlichen Verwurzelung. Die beiden Parteiensysteme sind stabiler als in der Vergangenheit, weil die von der Nationalen Front (BN) gestellte Bundesregierung durch verschiedene Maßnahmen die Hegemonie der BN-Landesregierungen absichert: Die in der BN dominierende UMNO hat in Sabah seit den 1990er-Jahren selbst die Macht übernommen, und in Sarawak erfüllt die PBB unter Abdul Taib quasi eine Stellvertreterrolle für die UMNO. Die hegemoniale Institutionalisierung der ostmalaysischen Parteiensysteme hat zwei widersprüchliche Prozesse in Gang gesetzt. Zum einen konnte durch die zunehmende Kontrolle der *strongmen* personalistische Herrschaft begrenzt werden, zum anderen hat die Hegemonie aber auch zu einer Fragmentierung unter den Nicht-*Bumiputera*- und nichtmuslimischen *Bumiputera*-Parteien geführt und den stark ausgeprägten Zentralismus in Gesamtmalaysia verstärkt. Für die Untersuchung der Institutionalisierung von Parteiensystemen bedeutet dieser Befund, dass der Zusammenhang zwischen Institutionalisierungs- und Demokratisierungsprozessen in elektoral-autoritären Regimen komplexer ist als häufig angenommen. In Malaysia hat die Institutionalisierung zur Perfektionierung des Herrschaftssystems beigetragen. Allerdings könnte der Import westmalaysischer Konfliktlinien und die stärkere Präsenz der westmalaysischen Oppositionsparteien die BN-Herrschaft in Ostmalaysia in den nächsten Jahren aushöhlen.

Manuscript received on 2009-04-14, accepted on 2010-03-02
Keywords: Malaysia, Sabah, Sarawak, Parteien, Institutionalisierung,
Demokratisierung

1 Einleitung

In der Parteienforschung gelten gut institutionalisierte Parteiensysteme als wichtige Voraussetzungen zur Konsolidierung von elektoralen Demokratien und zum Erhalt von liberalen Demokratien (Mainwaring/Torcal 2006). In autoritären Systemen ist dieser Zusammenhang nicht so einfach herstellbar. Ein hoher Institutionalisierungsgrad kann zur Konsolidierung des Regimes führen, wenn die regierenden Parteien große Apparate aufbauen und Teile der Bevölkerung durch Patronageleistungen und/oder durch Indoktrinierung an sich binden. Allerdings kann er auch dazu führen,

dass personalistische Herrschaftsformen untergraben werden, weil einzelne Parteien sich sozial stärker verwurzeln und Wählerinteressen besser artikulieren.

In Malaysia finden sich sowohl Elemente einer Institutionalisierung, die das elektoral-autoritäre Regime¹ gefährden, als auch solche, die zur Perfektionierung des Herrschaftssystems beitragen. Diese Ambivalenz lässt sich besonders gut in Ostmalaysia beobachten. Der Landesteil ist von enormer Bedeutung für die Aufrechterhaltung des autoritären Systems, da die regierende Nationale Front (Barisan Nasional, BN) ihre Mehrheit im nationalen Parlament bei den letzten Wahlen in erster Linie dank ihrer Übermacht in den Bundesstaaten Sabah und Sarawak verteidigen konnte.

Die Parteiensysteme in Ostmalaysia sind bis zu einem gewissen Grad dem westmalaysischen ähnlicher geworden. Das betrifft besonders die Vormachtstellung der UMNO (United Malays National Organisation) in Sabah sowie die Struktur der Konfliktlinien in Sabah und Sarawak. Die Parteiensysteme sind dort seit Anfang der 1990er-Jahre stabiler und Wahlergebnisse sind leichter voraussagbar. Die Parteiensysteme sind also in dieser Hinsicht seit den 1990er-Jahren besser institutionalisiert als in den Jahrzehnten zuvor.

Durch Patronage und Manipulation wurden die Parteiensysteme zum Teil hegemonial institutionalisiert. Damit ist eine Institutionalisierung gemeint, die in starkem Maß von den Regimekräften vorangetrieben wird. Wie ist es dazu gekommen? Könnte dieser Prozess auch eine Demokratisierung fördern? Was bedeutet das für die Institutionalisierung von Parteiensystemen allgemein?

Die Beantwortung dieser Fragen erfolgt in mehreren Schritten. Zunächst werden Konzepte zur Institutionalisierung von Parteien und Parteiensystemen vorgestellt. Dann folgt eine Analyse des in den westmalaysischen Bundesstaaten und im nationalen Parlament vorherrschenden Parteiensystems. Im nächsten Schritt werden die Entwicklung und die wesentlichen Strukturen der Parteiensysteme in Sabah und Sarawak dargestellt. Der Schlussteil arbeitet die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteiensystemen, die Ursachen und Formen der Institutionalisierung und die Bedeutung für den Institutionalisierungsansatz heraus.

2 Die Institutionalisierung von Parteien und Parteiensystemen im elektoralen Autoritarismus

Nach Randall und Svåsand (2002) ist eine Partei gut institutionalisiert, wenn ihr Organisationsgrad („systemness“) hoch ist, wenn Entscheidungen möglichst unabhängig von Charismatikern oder Geldgebern getroffen werden („decisional autonomy“), wenn sich Wähler und Parteimitglieder mit der Partei identifizieren, die „va-

¹ Malaysia wird in diesem Artikel als elektoral-autoritär eingestuft, weil Wahlen zwar frei, aber nicht fair und nur semi-kompetitiv sind. Diese Eigenheit unterscheidet das Regime von „geschlossen“ autoritären und hegemonial-autoritären Systemen (ohne bzw. mit nicht-kompetitiven Wahlen) und von elektoralen Demokratien (mit freien und fairen Wahlen). Siehe zum Konzept: Schedler 2006; Ufen 2009.

„value infusion“ also groß ist, und wenn der Wiedererkennungswert der Partei („reification“) hoch ist. In ähnlicher Weise untersucht Levitsky (1998) den Institutionalierungsgrad einzelner Parteien hinsichtlich der Werteinfusion („value infusion“) und der Routinisierung von Verhaltensmustern („behavioural routinisation“). Die „Werteinfusion“ beinhaltet die soziale Verwurzelung von Parteien, also sowohl ihre Anbindung an zivile und religiöse Organisationen als auch ihren Wiedererkennungswert und ihre Legitimation. Werteinfusion bezeichnet einen Prozess, bei dem die Verfolgung partikularer Interessen mithilfe einer Organisation durch das Ziel, die Organisation als solche zu bewahren, ersetzt wird (Levitsky 1998: 79). „Behavioural routinisation“ umfasst die Ausbildung stabiler Organisationsmuster sowie die steigende Unabhängigkeit von Geldgebern und charismatischen Führern.

Mit diesen Termini verzichten die Autoren bewusst auf normative Standards. Allerdings stößt dieser Funktionalismus gerade bei der Untersuchung von Parteien und Parteiensystemen in autoritären Systemen an seine Grenzen. Randall und Svåsand (2002) schließen deshalb im Hinblick auf Parteiensysteme auch Indikatoren ein, die über den normativ neutralen Rahmen hinausweisen. Ihnen zufolge ist ein Parteiensystem umso besser institutionalisiert, je mehr es durch Kontinuität und Stabilität gekennzeichnet ist, sich die wichtigsten Parteien gegenseitig akzeptieren, die Wählerschaft die Parteien als legitim anerkennt und die Parteien gegen willkürliche staatliche Maßnahmen geschützt sind (Randall/Svåsand 2002).

In Malaysia werden Wahlen regelmäßig abgehalten, aber die Prinzipien der Freiheit und Fairness systematisch verletzt. Die Wahlkreise sind zugunsten der BN eingeteilt, außerdem wird die Berichterstattung von den staatlichen und regierungsnahen Medien beherrscht. Zeitungen der Opposition sind kaum erhältlich. Im Wahlkampf verfügen die Regierungsparteien über umfangreiche finanzielle Mittel und können einzelnen Wahlkreisen umfassende staatliche Investitionen in Aussicht stellen. Außerdem kommt es zu erheblichen Einschränkungen der Organisations-, Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit (Lim/Ong 2006). Dies alles gilt verstärkt in Ostmalaysia, wo es zu einer hegemonialen Institutionalisierung der Parteiensysteme gekommen ist.

Die Parteiensysteme in Malaysia sind also insofern nicht gut institutionalisiert, als einzelne Parteien durch willkürliche staatliche Maßnahmen in ihrer Arbeit beeinträchtigt werden und sich die Regierungs- und Oppositionsparteien wechselseitig nicht vollkommen als legitime Wettbewerber akzeptieren. Trotzdem haben sich im Laufe der letzten Jahrzehnte Parteiensysteme entwickelt, die hinsichtlich der Stabilität des zwischenparteilichen Wettbewerbs² und der Ausprägung von stabilen Konfliktlinien mittlerweile auch jeweils einen gestiegenen Institutionalierungsgrad aufweisen. Deshalb ist die Anwendung des Ansatzes auf die Entwicklungen in Ma-

² Mainwaring/Torcal (2006) bemessen den Institutionalierungsgrad von Parteiensystemen an der „stability of interparty competition“.

Malaysia gerechtfertigt – allerdings müssen dabei die Besonderheiten des elektoralen Autoritarismus berücksichtigt werden (Case 2006; Ufen 2009).

Im Folgenden soll vor allem die Institutionalisierung der Parteiensysteme und nur an einigen Stellen von einzelnen Parteien untersucht werden. Dabei stütze ich mich nicht auf gängige Indikatoren wie Fragmentierung und elektorale Volatilität. In Ostmalaysia erschweren die vielen Partieneugründungen eine sinnvolle Anwendung dieser Indikatoren. Wegen des Mehrheitswahlrechtes stehen zudem in vielen Fällen die Kandidaten, nicht die Parteien, im Vordergrund. Die Fragmentierung des gesamtmalaysischen Parteiensystems ist hoch, wenn man sämtliche in der BN zusammengeschlossenen Koalitionspartner berücksichtigt, allerdings sehr niedrig, wenn man die BN, die auch als Partei registriert ist, als Einheit sieht.³ Die Institutionalisierung der Parteiensysteme wird daher im Wesentlichen unter Verweis auf die Ergebnisse der nationalen bzw. der Landtagswahlen in Sabah und Sarawak beschrieben, wobei die Darstellung der wichtigsten Konfliktlinien sowie politischen Ereignisse und Prozesse in die Analyse einbezogen wird.

3 Die Parteien und Parteiensysteme in Malaysia

3.1 Westmalaysia

Die Stabilität des zwischenparteilichen Wettbewerbs in Malaysia ist seit 1955 gefestigt. Das betrifft sowohl die Regierungs- als auch größtenteils die Oppositionsparteien. Die drei Partner der ersten Regierungskoalition, der Alliance, also UMNO, die MCA (Malaysian Chinese Association) und der MIC (Malaysian Indian Congress), sind noch heute die wichtigsten Parteien in der seit Anfang der 1970er-Jahre regierenden Nationalen Front (Barisan Nasional – BN) (siehe Tabelle 1). Die Alliance bzw. BN hat sämtliche nationalen Wahlen seit der staatlichen Unabhängigkeit 1957 gewonnen. Zur BN gehören gegenwärtig 13 Parteien, die in der Regel jeweils bestimmte ethnische Gruppen repräsentieren, also etwa die Mehrheit der Malaien (53,4 % der Bevölkerung) oder die chinesische und die indische Minderheit (26,0 % bzw. 7,7 %).

Die Opposition war bisher in aller Regel fragmentiert und zerstritten. Erst 1998 ist Bewegung in das Parteiensystem gekommen. Bei den Wahlen 1999 vereinigten sich die wichtigsten Oppositionsparteien, also die islamistische PAS (Parti Islam SeMalaysia – Pan-Malaysian Islamic Party), die chinesisch dominierte, sozialdemokratische DAP (Democratic Action Party) und die vorwiegend malaiische, aber multiethnische und multireligiöse PKN (Parti Keadilan Nasional – National Justice Party; seit 2004 PKR, Parti Keadilan Rakyat – People's Justice Party), in der Alternativen Front (Barisan Alternatif – BA). Damals hatte sich nach der Verhaftung des stellver-

³ So etwa bei Reilly (2008: 21), der für die Zeit von 1957-2005 eine effektive Zahl politischer Parteien von 1,57 errechnet.

tretenden Premierministers Anwar Ibrahim aus Protest und aus Solidarität mit ihm die prodemokratische *Reformasi*-Bewegung gebildet. Letztlich gewann aber die BN auch 1999 eine Zweidrittelmehrheit der Mandate und konnte 2004 sogar einen der größten Wahlerfolge seit den 1950er-Jahren erzielen, zumal sich die BA inzwischen mit dem Austritt der DAP wieder gespalten hatte. Allerdings formierte sich die Opposition nach überraschend hohen Zugewinnen bei den Wahlen 2008 (siehe Tabelle 1) neu als People's Alliance (Pakatan Rakyat) (Ufen 2009).

Tabelle 1: Sitze im nationalen Parlament (1955-2008), wichtigste westmalaysische Parteien

	1955	1959	1964	1969	1974	1978	1982	1986	1990	1995	1999	2004	2008
Alliance	51	74	89	95	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BN	-	-	-	-	135	130	132	148	127	162	148	198	140
UMNO	34	52	59	51	61	69	70	83	72	89	72	109	79
MCA	15	19	27	13	19	17	24	17	17	30	28	31	15
MIC	2	3	3	2	4	3	4	6	6	7	7	9	3
Gerakan**	-	-	-	-	5	4	5	5	5	7	7	10	2
PAS*	-	-	-	-	14	-	-	-	-	-	-	-	-
Opposition													
PAS*	1	13	9	12	*	5	5	1	7	7	27	7	23
DAP	-	-	-	13	9	16	9	24	20	9	10	12	28
PKN/PKR	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	1	31
Socialist Front	-	8	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
PPP**	-	4	2	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gerakan**	-	-	-	8	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Semangat '46	-	-	-	-	-	-	-	-	8	6	-	-	-
Unabhängige	-	3	-	1	-	2	8	4	4	-	-	1	-
Gesamt	52	104	104	144	154	154	154	177	180	192	193	219	222

Quelle: Gomez (1998: 263); Malaysian Election Commission

* Die PAS gehörte bei den Wahlen 1974 zur BN.

** Gerakan (Parti Gerakan Rakyat Malaysia – Party Gerakan) und die PPP (People's Progressive Party) wurden Anfang der 1970er-Jahre in die BN aufgenommen.

In Malaysia werden Wähler durch die Politisierung von Konfliktlinien und, im Falle der Regierungsparteien, durch Patronage sowie den Einsatz fest kontrollierter Massenmedien und einer mächtigen politisch-administrativen Maschinerie mobilisiert. Mit allen wichtigen Parteien lassen sich konkrete programmatische Aussagen verbinden. Die politische Mobilisierung geschieht also auf der Basis affektiver Bindungen, sozialer Milieus und wohl definierter Kollektivinteressen.⁴

Das Parteiensystem wurde im Laufe der letzten Jahrzehnte von mehreren Konfliktlinien geprägt. Nacheinander waren es insbesondere drei Konfliktlinien, die in diesen Konstellationen dominiert haben. Zunächst war ein Gegensatz zwischen den ethni-

⁴ Siehe ähnlich: Weiss 2009: 10 und 16.

schen Gruppen vorherrschend, der sich im Zusammenhang mit dem Autoritarismus des politischen Systems, also aufgrund der strikten Kontrolle der Arbeiterbewegung und prodemokratischer Kräfte, und aufbauend auf einer frühzeitig ins Leben gerufenen interethnischen Elitenkoalition entfalten und stabilisieren konnte. Dieser Gegensatz wurde von einem solchen zwischen Säkularisten und Anhängern eines politisch interpretierten Islam (PAS; zum Teil UMNO) zunehmend umgeformt. Seit 1999 hat sich quer zu den ethnischen und religiösen Konfliktlinien erstmals ein Gegensatz zwischen „Status quo“ (BN) und „Reformasi“ (BA bzw. Pakatan Rakyat) herausgebildet, der die Auseinandersetzungen im Parteiensystem heute dominiert und das gesamte politische System transformieren kann (Ufen 2010).

Alle drei Hauptkonfliktlinien prägten seit der Unabhängigkeit das Parteiensystem — nur mit unterschiedlicher Intensität und in unterschiedlichen Konstellationen. Da Malaien in der Verfassung als Muslime definiert sind, lassen sich ethnische Konflikte von religiösen nicht trennen. Der Islam spielt für die Identität der Malaien eine herausragende Rolle. Allerdings hat diese Funktion des Religiösen beginnend in den 1970er-Jahren und sich intensivierend seit den 1980er-Jahren eine immer größere Rolle gespielt, zumal sich die interethnischen Beziehungen tendenziell eher verbesserten. Die Wahlkämpfe in den 1980er und 1990er-Jahren waren nicht ausschließlich von religiösen Fragen bestimmt, zumal dann nicht, wenn die UMNO sich als „protector“ malaiischer Interessen präsentierte. Die PAS beispielsweise gewann ihre Wählerstimmen nicht ausschließlich als islamistische Partei, sondern im Norden Malaysias auch als Partei der Modernisierungsverlierer, der Gegner einer westlich orientierten, marktwirtschaftlichen Globalisierung und als Partei, die eng verwurzelt ist und die etwa die Sonderidentität der Kelantanesen zum Ausdruck bringt. Damit vertrat sie die Interessen derer, die die UMNO als Organisation einer korrupten malaiischen Elite wahrnehmen.

Die BN-Parteien fungieren einerseits als Wahlmaschinen und Patronageagenturen, andererseits haben sie mittlerweile auch die Qualität von Massen- oder Massenintegrationsparteien angenommen.⁵ Sie sind multifunktionale Dienstleistungsagenturen, die sich für ihre Klientel in zahlreichen Bereichen einsetzen (Loh 2003). Der MIC beispielsweise sorgt dafür, dass indische Schulen gebaut werden. Vor ein paar Jahren konnte die Partei sogar den Bau einer eigenen Hochschule durchsetzen. Während die UMNO fast identisch mit dem Staatsapparat ist, vermitteln die anderen BN-Parteien zwischen den politisch und in der Verwaltung dominierenden Malaien und den anderen ethnischen Gruppen auf höchster Ebene.

Personalismus oder charismatische Herrschaft sind in fast allen Parteien insofern von untergeordneter Bedeutung, als der langfristige Wahlerfolg und der Bestand der Parteien nicht von einzelnen Personen abhängt. Während die Oppositionsparteien nur in eingeschränktem Maße über die Fähigkeit zur Patronage verfügen, hängt der

⁵ Die UMNO hat nach offiziellen Angaben 3,1 Mio., die MCA 1,1 Mio., der MIC 650.000 und Gerakan 250.000 Mitglieder. UMNO gibt allein für Sabah mehr als 400.000 Mitglieder an.

Wahlerfolg der BN-Parteien in starkem Maße von deren Zugang zu öffentlichen Aufträgen und Krediten, von der Vergabe von Stellen in der staatlichen Verwaltung etc. ab. Trotzdem ist in Malaysia bei fast allen Parteien eine starke Milieubindung kennzeichnend. Bei der PAS ist es die Bindung zu verschiedenen orthodox-muslimischen Milieus, d.h. einerseits zu Teilen der eher urbanen, konservativen malaiischen Mittelklasse, andererseits zu den nordmalaysischen Dorfbewohnern. Bei der PKR ist es die Verbindung zur multiethnischen, prodemokratischen *Reformasi*-Bewegung.⁶ Sowohl bei der oppositionellen DAP als auch bei mehreren Regierungsparteien ist diese Milieubindung etwas lockerer. Wähler identifizieren sich mit diesen Parteien, weil sie besonders die Interessen bestimmter ethnischer und religiöser Gruppen repräsentieren.

Die Stabilität des malaysischen Parteiensystems ist also auf die gesellschaftliche Verwurzelung vieler Parteien, auf die strukturprägende Kraft von sich z.T. überlagernden Konfliktlinien, auf das Modell des interethnischen Elitenbündnisses in der BN, aber auch auf die fein austarierte Kontrolle der Opposition durch das Regime zurückzuführen. In diesem Gefüge sind auch die Parteien relativ stabil.

Alles in allem ist der Institutionalisierungsgrad des westmalaysischen Parteiensystems hoch.⁷ Auch die meisten Parteien sind im regionalen Vergleich durch ihre Milieubasierung („value infusion“ und „reification“ betreffend) und – im Falle der meisten BN-Parteien und der PAS – aufgrund ihres hohen Organisationsgrades gut institutionalisiert (also im Hinblick auf „systemness“). Die „decisional autonomy“ vieler BN-Parteien ist jedoch eingeschränkt. Außerdem wird die Legitimität der Regierungsparteien von der Opposition durchaus bestritten, da diese die Wahlen als unfair betrachtet und gegen staatliche Willkürmaßnahmen nur unzureichend geschützt ist.

In Malaysia hat es über mehrere Jahrzehnte einen engen Zusammenhang zwischen diesem hohen Institutionalisierungsgrad und der Stabilität des Regimes insgesamt gegeben. Die Stärkung der Opposition seit 1999, d.h. ihre bessere Institutionalisierung als Oppositionskoalition, hat jedoch vor allem seit den Wahlen 2008 zu einer Destabilisierung des gesamten Regimes geführt (Ufen 2009). Dies ist ein Beispiel für den vieldeutigen Zusammenhang zwischen Parteien- und Parteiensysteminstitutionalisierung und Demokratisierung, der am Beispiel Ostmalaysias noch deutlicher werden wird.

3.2 Ostmalaysia: Sabah und Sarawak

In Sabah und Sarawak haben sich aufgrund der anderen historischen Entwicklung eigene Parteiensysteme herausgebildet. Sarawak, ursprünglich Teil des Sultanates Brunei, wurde seit 1841 von den Brookes, den „white rajahs“, beherrscht. Nord-

⁶ Die PAS soll etwa 800.000 Mitglieder haben, die PKR inzwischen etwa 200.000.

⁷ Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt: Weiss 2009.

Borneo bzw. Sabah wurde seit 1881 von der North Borneo (Chartered) Company kontrolliert. Sarawak und Nord-Borneo bzw. Sabah, seit 1888 britische Protektorate und seit 1946 britische Kolonien, schlossen sich mit Malaya erst 1963 zu Malaysia zusammen. Diese Fusion war in Ostmalaysia umstritten. In Sarawak und Sabah ist noch heute die Meinung weit verbreitet, dass die einheimische Bevölkerung nicht ausreichend informiert und beteiligt wurde und dass der Zusammenschluss vielmehr das Produkt von Geheimgesprächen der Briten mit der Alliance-Regierung in Kuala Lumpur und kooptierten ostmalaysischen Eliten war (Aeria 2005: 119).

Briten und Vertreter Malayas hatten durch ein Inter-Government Committee zusammen mit Repräsentanten aus Ostmalaysia die „Twenty Points“ formuliert, das sind verfassungsrechtliche Garantien für die neuen Bundesstaaten. Danach ist der Islam in Sabah und Sarawak nicht Staatsreligion. Den alteingesessenen ethnischen Gruppen werden dieselben Sonderrechte wie den Malaien eingeräumt. Außerdem sollte die „Borneonisierung“ der Verwaltung vorangetrieben werden. Die Regierungen in Sabah und Sarawak sollten eine relativ große Autonomie in Fragen der Einwanderung und in der Finanz- und Zollpolitik erhalten. Die Garantien dürfen zudem nur mit der Zustimmung der jeweiligen Bundesstaatsregierungen ergänzt oder abgeändert werden. Andererseits wird ein Sezessionsrecht der beiden Bundesstaaten ausdrücklich nicht anerkannt.

3.2.1 Die Entwicklung des Parteiensystems in Sarawak

In Sarawak bildeten sich die ersten Parteien erst sehr spät, kurz vor den Wahlen zum District Council von 1963 (Milne/Mauzy 1978: 167ff; Jawan 1994: 79ff). Ende 1962 entstand nach westmalaysischem Vorbild die Sarawak Alliance, bestehend aus Pesaka (Party Pesaka Anak Sarawak), BARJASA (Barisan Ra'ayat Jati Sarawak), PANAS (Party Negara Sarawak), der SNAP (Sarawak National Party) und der SCA (Sarawak Chinese Association) (siehe Tabelle 2). PANAS und BARJASA repräsentierten in erster Linie Malaien, die SNAP und Pesaka nichtmuslimische *Bumiputera*⁸ (vor allem Iban), die SCA vertrat vor allem die Interessen von Chinesen.⁹ Nur die bereits 1959 gegründete SUPP (Sarawak United People's Party), die einzige Partei,

⁸ Zu den so genannten *Bumiputera* („Söhne der Erde“) zählen offiziell Malaien (etwa 5/6 der *Bumiputera*) sowie andere indigene ethnische Gruppen wie z.B. Dayak, Melanau, Bajau, Kadazan und Murut. Sie werden seit Anfang der 1970er-Jahre u.a. bei der Vergabe von Studienplätzen und von staatlichen Krediten sowie im öffentlichen Dienst bevorzugt behandelt. Unternehmen müssen eine bestimmte Anzahl von *Bumiputera* einstellen.

⁹ 1969 wurden in Sarawak 46% der Einwohner als Dayak, 28% als Chinesen und 26% als Malaien und Melanau klassifiziert (Leigh 1974: 126). Von den 2,4 Millionen Einwohnern Sarawaks waren nach offizieller Lesart 2006 33% Iban, 26% Chinesen, 21% Malaien, 8% Orang Ulu (Lun Bawang, Kayan, Kenyah, Kelabit, Penan etc.), 7% Melanau und 5% Bidayuh (*Malaysiakini*, 8.5.2006). Iban, Orang Ulu und Bidayuh werden auch zu den Dayak gerechnet: die Orang Ulu als „Land-Dayak“, die Bidayuh als „See-Dayak“. Diese Kategorisierung ist aus ethnologischer Sicht fragwürdig (King 1994). Nach dem Zensus des Jahres 2000 waren 42,6% der Einwohner Christen, 31,3% Muslime und 12,0% Buddhisten. Die anderen waren konfessionslos (3,9%) oder Anhänger einer der vielen übrigen religiösen Weltanschauungen (Taoismus, Konfuzianismus etc.).

die sich gegen die Gründung Malaysias aussprach, gehörte nicht zur Alliance; PANAS trat kurze Zeit später wieder aus. Die SUPP, Anfang der 1960er-Jahre eine gut organisierte, linksgerichtete Partei, wurde schon bei den ersten, noch indirekten Wahlen 1963 durch den starken Einfluss der westmalaysischen Alliance-Regierung ausgegrenzt.¹⁰

Das Parteiensystem war zu Beginn besonders fluide und von externer Einflussnahme geprägt. Von Beginn an setzte sich auch in Sarawak die Alliance mit allen erdenklichen Mitteln durch:

(...) the Malayan Alliance's strategy of blatant intervention and political patronage in Sarawak's first ever state-wide elections, given substantial federal resources and the individual behavior of certain wealthy Alliance politicians, proved very successful electorally. This strategy also set the tone for all subsequent elections where informal institutions in the form of backroom deals, electoral handouts, and bribes along with official development patronage and gerrymandering would be de rigueur and in time, become more important than any formal programmatic politics articulated within a set of democratic, fair and transparent election rules and procedures. (Aeria 2005: 121)

1965 wurde der Iban Stephen Kalong Ningkan (SNAP) Chief Minister. Seine Koalition geriet zunehmend unter Druck bis er 1966 während eines von Kuala Lumpur ausgerufenen Ausnahmezustandes aus seinem Amt entfernt wurde:

After a complicated sequence of political manoeuvres which involved dismissals, resignations, no-confidence measures, the intervention of the Kuala Lumpur Alliance, court action, a State of Emergency, and finally a constitutional amendment, Ningkan was dismissed as Chief Minister and SNAP left the Alliance. (Milne/Mauzy 1978: 169)

In den Landtagswahlen 1970 gewann die Parti Bumiputera 12 Sitze (siehe Tabelle 2).¹¹ Seither wird die regierende Koalition von muslimischen Melanau geführt, die 1973 die PBB gründeten, eine Fusion der Parti Bumiputera, die wiederum ein Zusammenschluss von BARJASA und PANAS, und der von Dayak dominierten Parti Pesaka Anak Sarawak (Pesaka) war.¹² Typisch für das Parteiensystem in Sarawak ist bis heute eine Dreiteilung der 1970 gegründeten Regierungskoalition SBN (Sarawak Barisan Nasional, National Front Sarawak) in die dominierende, überwiegend Malaien und Melanau repräsentierende PBB, die mehrheitlich chinesische SUPP (in der der linke Flügel entmachteter worden war) und einige in erster Linie mit Dayak-Interessen identifizierte Parteien, die sich mehrfach spalteten. Die Herausbildung dieses Musters markiert den ersten Schritt einer — durch Kuala Lumpur initiierten — Stabilisierung des Parteiensystems.

¹⁰ Zur SUPP: Chin 1996.

¹¹ Die Wahlen fanden unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes statt. Vorher hatte Tun Ismail erklärt, dass Malaysia nur dann wieder zur Demokratie zurückkehren könne, wenn die Alliance im nationalen Parlament danach eine Zweidrittelmehrheit behalten könne.

¹² Sie soll heute ca. 300.000 Mitglieder und 2.000 Untergliederungen haben (*Malaysiakini*, 17.6.2006).

Die Dayak fühlten sich zusehends gegenüber den Malaien/Melanau und den Chinesen benachteiligt. Deshalb spaltete sich 1983 von der SNAP die PBDS ab, die sämtliche Dayak repräsentieren wollte. 1987 verbündete sich die PBDS, angeführt vom damaligen stellvertretenden Chief Minister Tajem, in der so genannten „Ming Court Affair“ mit der PERMAS (Persatuan Rakyat Malaysia Sarawak) gegen Abdul Taib (PBB), der 1981 das Amt des Chief Ministers von seinem Onkel Abdul Rahman Yakub (jetzt PERMAS) übernommen hatte. Taib rettete sich mit kurzfristig angesetzten Wahlen. Die PBDS wurde 1987 aus der SBN ausgeschlossen und musste in die Reihen der Opposition wechseln, bevor sie einige Jahre später wieder in die Regierungskoalition aufgenommen wurde. Erst mit den Wahlen 1991 hat sich ein Parteiensystem herausgebildet, das deutlich von der PBB beherrscht wird. Damit war der zweite Schritt der Stabilisierung des Parteiensystems vollzogen.

Die disparaten indigenen ethnischen Gruppierungen, die sich politisch in Abgrenzung zu den Melanau, den Malaien und Chinesen im großen und ganzen als Interesseneinheit begreifen, sind parteipolitisch zersplittert und deswegen marginalisiert (Chin 2003; Chin 2004). Da fast alle Malaien und Melanau Muslime sind, werden die beiden ethnischen Gruppen parteipolitisch als Einheit wahrgenommen, auch wenn die Tatsache, dass mit Abdul Taib ein Melanau Chief Minister ist, von einem Teil der Malaien sehr kritisch gesehen wird.¹³ Unter ihnen gibt es daher Bestrebungen, ähnlich wie in Sabah in den 1990er-Jahren, die UMNO in Sarawak zu etablieren. Bisher allerdings scheiterte die Einführung der UMNO in Sarawak an einem informellen Pakt zwischen Mahathir und Abdul Taib, wonach die UMNO sich nicht in die Parteipolitik des Bundesstaates einmischen darf. Im Gegenzug hat Taib seine Gefolgschaft versichert.

Dafür haben sich seit Mitte der 1990er-Jahre die Oppositionsparteien aus dem Westen Malaysias auch zunehmend in Sarawak etabliert. Die DAP gewann 1996 überraschend erstmals 3 Sitze im Landtag. Seit 1999 spielt auch die PKR eine immer stärkere Rolle. Bei den nationalen Wahlen 1995 und 1999 gewann die National Front Sarawak (SBN) aber noch jeweils sämtliche 28 Sitze. 2004 erhielt sie 27 der 28 und 2008 30 der 31 Sitze. Selbst 1999 und 2008, als die Opposition so stark wie niemals zuvor in der Geschichte Malaysias gewesen war, blieb Sarawak also eine Bastion der Regierungskoalition. Für den anhaltenden Erfolg der PBB waren zum einen Neueinteilungen der Wahlkreise, aber auch der Faktionalismus bei den Dayak-Parteien verantwortlich.¹⁴

¹³ Taib gilt als eine Art „Rajah“ in Sarawak. Seine Familie kontrolliert mit Cahaya Mata Sarawak eines der größten Unternehmen des Bundesstaates (Mersat 2005: 78ff).

¹⁴ So löste sich 2002 nach internen Auseinandersetzungen die SPDP (Sarawak Progressive Democratic Party) von der SNAP. Die PBDS (Parti Bansa Dayak Sarawak), die sich ja schon 1983 von der SNAP abgespalten hatte, zerfiel 2003/2004 zunächst in zwei konkurrierende Flügel und wurde dann vom Registrar of Societies für ungültig erklärt. Daraufhin wurde wieder eine neue Dayak-Partei vom James-Masing-Flügel der PBDS gegründet, nämlich die PRS (Parti Rakyat Sarawak, Sarawak People's Party) (*Malaysiakini*, 17.6.2006).

Bei den Landtagswahlen 2006 hat sich erstmals ein Parteiensystem herausgebildet, in dem sich zwei Blöcke, also die Regierungskoalition und eine relativ geschlossene Opposition, gegenüberstehen (siehe Tabelle 2). Für die Barisan Nasional in Sarawak traten die PBB, die SUPP, die PRS und die SPDP an; das Oppositionsbündnis Barisan Bersatu Sarawak (BBS) bestand aus der PKR, der Sarawak National Party (SNAP) und dem offiziell noch nicht registrierten Malaysian Dayak Congress (MDC). Außerdem traten gegen die Regierungsparteien, aber offiziell nicht als Teil der BBS, die DAP und die PAS an. Dies war das erste Mal, dass die Opposition so eng zusammen arbeitete.¹⁵ Im Sinne Mainwarings und Torcals (2006) ist es mit dieser relativ gefestigten Aufteilung in Regierungs- und Oppositionsparteien zu einer Kontinuität des „zwischenparteilichen Wettbewerbs“ gekommen, die die These von der gestiegenen Institutionalisierung des Parteiensystems Sarawaks untermauert.

Tabelle 2: Landtagswahlergebnisse in Sarawak (1970-2006)

Partei	1970	1974	1979	1983	1987	1991	1996	2001	2006
Bumiputera	12	15*	-	-	-	-	-	-	-
Pesaka	8	3*	-	-	-	-	-	-	-
PBB	-	18	18	17	14	27	28	30	35
SUPP	12	12	11	13	11	16	15	16	11
SNAP	12	18	16	8	3	6	7	7	1
PBDS	-	-	-	6	15	7	7	8	-
Permas	-	-	-	-	5	-	-	-	-
PRS	-	-	-	-	-	-	-	-	8
SPDP	-	-	-	-	-	-	-	-	8
SCA	3	-	-	-	-	-	-	-	-
DAP	-	-	-	-	-	-	3	1	6
PKR	-	-	-	-	-	-	-	-	1
Unabhängige	1	-	3	4	-	-	2	1	1
Gesamt	48	48	48	48	48	56	62	62	71

Quelle: Chin 1996: 168; Aeria 2005; verschiedene Ausgaben von *Malaysiakini*

* Bumiputera und Pesaka haben sich 1973 zur PBB zusammengeschlossen. Die Zahlen 1974 geben ihre Anteile in der PBB-Fraktion wieder.

3.2.2 Die Entwicklung des Parteiensystems in Sabah

Auch die Parteien in Sabah wurden wie in Sarawak spät gegründet. Bis zu den ersten Wahlen war schon wegen der sozioökonomischen Unterentwicklung, der geografischen Abgeschiedenheit vieler ländlicher Regionen und der Schwäche zivilgesellschaftlicher Organisationen der Aufbau hochgradig institutionalisierter Parteien kaum möglich (Loh 2005: 81).

Schon die ersten Parteien in Sabah Anfang der 1960er-Jahre repräsentierten in erster Linie ethnisch-religiöse Gruppen: die United National Kadazan Organisation (UN-KO) Kadazandusun und Murut, die United Sabah National Organisation (USNO)

¹⁵ Bei den nationalen Wahlen 2008 erhielt die PBB 14, SUPP 6, die SPDP 4 und die PRS 6 Sitze. Die DAP gewann 1 Mandat.

Muslime (Suluks, Bajaus und einige Kadazandusun) und die Sabah Chinese Association (SCA) Chinesen (siehe Tabelle 3).¹⁶

Der niedrige Organisationsgrad der Parteien war eng mit einer Personalisierung der Politik verbunden. Deshalb waren die ersten Jahre von den Auseinandersetzungen zwischen dem Suluk-Bajau Tun Mustapha Harun von der USNO und dem Chief Minister Donald Stephens (nach der Konversion zum Islam 1971: Fuad Stephens), dem *huguan siou*¹⁷ (*paramount leader*) der Kadazandusun, von der UNKO geprägt (Brown 2004). Chinesen spielten von Anfang an die Rolle von Königsmachern.

Die UNKO fusionierte 1964 mit der United National Pasok Momogun Party zur United Pasok-Momogun Kadazan Organisation (UPKO). Da die UPKO sich Ende 1967 auflöste, transformierte sich Sabah mehr und mehr zu einem Einparteienregime. Tun Mustapha setzte sich 1967 mit chinesischer Hilfe in den ersten Landtagswahlen durch und beherrschte an der Spitze der USNO bis 1975 die Politik in Sabah. Tilman (1976: 495f) spricht davon, dass Mustapha Sabah als sein „private fiefdom“ gesehen hat.¹⁸ Da er in den folgenden Jahren eine Politik der Islamisierung und der Stärkung der *Bumiputera* verfolgte, entfremdete er sich von der SCA. Daher unterstützten die Chinesen in den Wahlbezirken mit chinesischer Mehrheit bei den Wahlen 1976 die multiethnisch zusammengesetzte Parti Bersatu Rakyat Jelata Sabah (Peoples Racially-United Front of Sabah) oder „Berjaya“ unter Harris Salleh. Durch diese Wahlen sowie im Anschluss an eine Intervention Kuala Lumpurs wurde die USNO-Regierung abgelöst.¹⁹ Ähnlich wie Mustapha erwies sich Harris Salleh (Chief Minister von 1976-85) als Willkürherrscher (Loh 2005: 105). Typisch für solche *strongmen* oder *bosses* ist, dass sie von der Zentralregierung kaum kontrolliert werden können und zugleich autoritär in ihrer Region herrschen.²⁰

¹⁶ In Sabah waren nach offiziellen Angaben 1960 32% (überwiegend nichtmuslimische) Kadazandusun, 5% Murut, 13% Bajau, 23% Chinesen und 0,4% Malaien (Mohammad 2006: 209). Etwa 5% waren (weit überwiegend muslimische) Indonesier, 17% wurden als „andere indigene Gruppen“, 4% als „andere“ klassifiziert. Bis 1980 hatte sich der Anteil der Muslime in Sabah aufgrund der aggressiven Islamisierungspolitik der Tun-Mustapha-Regierung auf über 51% erhöht – allerdings waren viele von ihnen noch nicht eingebürgert (Crouch 1996: 50). 2006 waren etwa 18% Kadazandusun, 3,3% Murut, 11,5% Malaien (zu denen auch Suluk gezählt werden), 13,4% Bajau, 9,6% Chinesen, 14,6% „andere *Bumiputera*“ (Rungus, Orang Sungai, Kedayan, Bisaya etc.), 4,8% „andere“ (Inder, Eurasier, Filipinos, Indonesier etc.) und 25% waren noch nicht eingebürgert (Sabah, Department of Statistics Malaysia 2007).

¹⁷ *Huguan siou* ist ein von lokalen Kadazan-Führern verliehener Ehrentitel, der besonders politische Führerschaft zum Ausdruck bringt und offenbar in vormoderner Zeit nicht existierte (Loh 1992: 249).

¹⁸ Mustapha war zu einem der reichsten Bewohner Sabahs geworden. U.a. war er im Besitz der größten Tageszeitung des Bundeslandes, der *Kinabalu Sabah Times*. Er war wegen seines autoritären Umganges mit der Opposition gefürchtet (Loh 2005: 81). Siehe auch Chin (1999: 22) zu den Wahlmanipulationen Anfang der 1970-er Jahre.

¹⁹ Die Bundesregierung befürchtete, Mustapha Harun könne die Sezession Sabahs betreiben und unterstützte deshalb Harris Salleh und Donald Stephens.

²⁰ Deshalb ist der von Kuala Lumpur kooptierte Taib im engeren Sinne kein *strongman*. Zwar hatte auch Mustapha einen von Kuala Lumpur gesandten, sehr mächtigen „Berater“ (Syed Kechik Syed Mohammad) an seiner Seite, Mustapha handelte aber immer weitgehend eigenmächtig.

In den 1980er-Jahren entwickelte sich auch als Reaktion auf diese Autokratie ein vorrangig von den neuen Mittelschichten getragener Kadazandusun-Ethnonationalismus, der letztlich in der Etablierung der PBS (Parti Bersatu Sabah, Sabah Unity Party) kulminierte. Ursachen für diesen Ethnonationalismus waren zudem die Ausbeutung der Ressourcen durch Westmalaysia und die schleichende Islamisierung, die u.a. durch die Duldung eines nahezu unkontrollierten Zuflusses von in der Regel muslimischen Migranten aus den Philippinen und aus Indonesien erreicht worden war.

1985 konnte sich in kurzfristig anberaumten Wahlen mit Unterstützung vieler Chinesen, der Murut und der Mehrheit der Kadazandusun die PBS unter Joseph Pairin Kitingan durchsetzen.²¹ Erneute Wahlen 1986, in denen die PBS bestätigt wurde, fanden in einer Phase höchster Instabilität statt und waren durch eine Zunahme politisch motivierter Gewalt geprägt (Kreuzer/Weiberg 2007: 313f).

Anders als Berjaya unter Harris Salleh wurde die PBS nicht von einem *strongman* beherrscht, verfügte aber auch über keinen so effektiven Apparat wie die großen Regierungsparteien in Westmalaysia. Die PBS hatte keine unabhängige Finanzierungsbasis, sondern war von wenigen Geldgebern abhängig (Loh 2005: 90). Die Partei ging 1990 auf nationaler Ebene überraschend in die Opposition: Nach der Kandidatennominierung hatte die PBS-Führung beschlossen, die BN zu verlassen und sich auf nationaler Ebene der Opposition um Semangat '46 anzuschließen. Diese Entscheidung, die von Mahathir als Dolchstoß gesehen wurde, führte letztlich zum allmählichen Niedergang der PBS. Die Koalition mit Semangat '46 bestand aufgrund der Wahlniederlage auf nationaler Ebene nicht lange. Die BN, insbesondere die UMNO, ging systematisch daran, die PBS nach und nach auszuhöhlen. Sie tat das in der gewohnten Weise mit justiziellen und finanziellen Mitteln. 1991 wurde die UMNO in Sabah eingeführt. Innerhalb weniger Jahre gelang es ihr, zur Regierungspartei in dem Bundesstaat zu werden.²² Die UMNO bzw. die von ihr dominierte Regierung ließ den Bruder des Chief Ministers, Jeffrey Kitingan, wegen der angeblichen Unterstützung einer secessionistischen Bewegung verhaften. Außerdem klagte sie Pairin wegen Korruption und den stellvertretenden Chief Minister Yong Teck Lee wegen einer nicht genehmigten politischen Versammlung an. Um der Landesregierung die finanzielle Basis zu entziehen, wurden Bundesmittel gestrichen, und es wurde der Export von Tropenhölzern untersagt. Zudem näherte sich die Bundesregierung denjenigen ethnischen Gruppen an, die sich marginalisiert fühlten. Chinesischen Schulen sollten umfangreiche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Außerdem wurde die Rotation des Chief-Minister-Postens in Aussicht gestellt.

²¹ Pairin war 1984 aufgrund von Differenzen mit Harris aus Berjaya ausgeschieden, hatte im selben Jahr als unabhängiger Kandidat überraschend Nachwahlen gewonnen und die PBS gegründet. 1985 versuchten Harris und Tun Mustapha nach der Wahlniederlage noch einmal die Macht an sich zu reißen, indem sie den Gouverneur in einer Nacht- und Nebelaktion zwangen, Mustapha zum Chief Minister zu ernennen. Diese Entscheidung wurde jedoch am darauffolgenden Tag vom Gouverneur widerrufen. Zu Berjaya siehe auch: Kreuzer/Weiberg 2007: 300ff.

²² Siehe zur Einführung der UMNO: Kreuzer/Weiberg 2007: 318ff; Loh 2005: 100, 106; Chin 1999.

LDP	-	-	-	-	-	-	-	-	1	2	3	3
DAP	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1
Unabhängige	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
Gesamt	32	32	48	48	48	48	48	48	48	48	60	61

Quellen: Loh 2005: 112f; Mohammad 2006: 267, 279, 287 und 306; *Malaysiakini*, 17.9.2008

* Die PBS gehörte bis vor den Wahlen 1990 zur SBN und trat dem Bündnis 2002 wieder bei.

** Die SAPP verließ die SBN im September 2008.

Insgesamt ist auch in Sabah das gesamtnational vorgegebene Muster einer von muslimischen Malaien angeführten interethnischen Elitenkoalition, die Oppositionsparteien mit den Mitteln des elektoralen Autoritarismus in Schach hält, vorherrschend. Es ist zudem eine deutliche Bewegung von einer *strongmen*-Politik hin zu einer Stabilisierung des zwischenparteilichen Wettbewerbs und der Zusammenarbeit in der Regierungskoalition zu beobachten.

4 Abschließende Bemerkungen: Form und Auswirkungen der Institutionalisierung

Die Parteiensysteme in Sabah und Sarawak sind heute stärker institutionalisiert als noch in den 1970er-Jahren. Indikatoren dafür sind die langsame, wenngleich unvollständige Übernahme der ethnischen Konfliktlinien Westmalaysias sowie in Sarawak der Aufbau eines gefestigten Oppositionsbündnisses. In Sabah hat zudem die Zentralisierung des Verwaltungsapparates und die Hegemonie UMNOs zu einer Schwächung der *strongmen* geführt, was den politischen Wettbewerb berechenbarer macht.

Von dem Druck bzw. der Steuerung aus Westmalaysia, aber auch von der prägenden Kraft insbesondere ethnischer und religiöser Konfliktlinien, gehen Impulse zur Institutionalisierung aus. In Sabah und Sarawak ist das Parteiensystem entlang solcher ethnisch-religiöser Konfliktlinien dreigeteilt: In Sarawak in „Malaien/Melanau versus Dayak versus Chinesen“, in Sabah in „Malaien versus Kadazandusun versus Chinesen“. Diese Dreiteilung lässt sich auch – in ähnlicher Form — als eine solche in muslimische *Bumiputera*, nichtmuslimische *Bumiputera* und Nicht-*Bumiputera* vornehmen. Beide ostmalaysischen Bundesstaaten werden gegenwärtig von Parteien der muslimischen *Bumiputera* — der PBB (malaiisch-melanauisch) und der UMNO — beherrscht. Sowohl in Sabah als auch in Sarawak wurden im Laufe mehrerer Jahrzehnte multiethnische Parteien mehr und mehr zu Parteien, in deren Reihen andere Ethnien nur noch die Funktion haben, ein gewisses Maß an Liberalität und Offenheit zu demonstrieren.

Personalistische Herrschaftsformen sind in Sabah in den 1990er-Jahren zunehmend durch die weitgehend entpersonalisierte und routinisierte Herrschaft nach dem Muster der Bundes-BN abgelöst worden. Einzelne Politiker in Kota Kinabalu verfügen nicht mehr über so viele Ressourcen wie noch zu Zeiten von Mustapha Harun und Harris Salleh. Außerdem ist die Verwaltung heute stärker von Kuala Lumpur abhän-

gig. Die durch die New Economic Policy (NEP)²³ ausgelöste sozioökonomische Transformation bezeichnet Loh (2005: 73) als *state formation*, die zum Niedergang der *strongmen*-Politiker und zum Aufstieg von Parteien westmalaysischen Typs geführt hat. Die Regierung in Westmalaysia nahm insofern Einfluss, als sie den Verwaltungsapparat Sabahs immer mehr zentraler Kontrolle unterstellte, eine nationale, also malaiisch-muslimische Kultur zum Ideal erhob und durch den Einsatz von Bundesmitteln eine steigende finanzielle Abhängigkeit bewirkt hat. Die eigentliche Machtübernahme durch UMNO wurde auch durch eine willkürliche, die muslimischen *Bumiputera* begünstigende Wahlkreiseinteilung, durch die Registrierung von illegalen Migranten für Wahlen und, vermutlich, durch Bestechungsgelder für Parteiübertritte ermöglicht. Betrachtet man all diese Prozesse, ist von einer hegemonialen Institutionalisierung des Parteiensystems durch autoritäre Steuerung „von oben“ zu sprechen.

Betrachtet man die Stabilität des Wettbewerbes zwischen den Parteien, so ist das Parteiensystem Sarawaks insofern gut institutionalisiert, als Pesaka und Bumiputera und dann der Zusammenschluss der beiden Parteien, die PBB, von Anfang an die Regierung übernahmen und auch die wesentlichen Koalitionspartner und Oppositionsparteien über einen langen Zeitraum identisch waren. Bei den Landtagswahlen 2006 hat sich ein Muster des Wettbewerbs zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien ergeben, das dem in Westmalaysia ähnelt und auf eine Stabilisierung einer Spaltung „Status quo“ versus „Reformasi“ hindeutet.

Was bedeuten die dargestellten Ergebnisse nun für die Frage nach dem Zusammenhang von Parteien- und Parteiensysteminstitutionalisierung und Demokratisierung bzw. Herrschaftsstabilisierung? Die drei Fallbeispiele haben gezeigt, dass eine Zunahme der Institutionalisierung in elektoral-autoritären Regimen mit einer Stabilisierung, aber auch mit einer langsamen Unterminierung dieses Regimes einhergehen kann.

Mit Blick auf das westmalaysische Parteiensystem hat Brownlee (2007: 218f) auf die herrschaftsstabilisierende Wirkung der Parteipolitik aufmerksam gemacht. Schedler (2001: 161) hat darauf hingewiesen, dass Demokratien zusammenbrechen können, selbst wenn ihre Parteiensysteme hochgradig institutionalisiert sind, und Mainwaring (1997) hat festgestellt, dass Institutionalisierung auch schlicht zur Ossifizierung von Parteistrukturen führen kann, also etwa zu einer Bürokratisierung wie sie schon in einem Klassiker der Parteienforschung für die deutsche Sozialdemokratie konstatiert worden war (Michels 1911). Im Falle Westmalaysias bewirkte die Institutionalisierung der Regimeparteien und der Alliance bzw. BN eine Stärkung des Regimes. Wahlen wurden zu einem Frühwarnsystem, und schwache Opposi-

²³ Mit der NEP sollte durch eine „affirmative action“-Politik zugunsten der *Bumiputera* u.a. der malaiische Kapitalanteil bis 1990 auf 30% erhöht, die Armut bekämpft und der Anteil von Malaien im Hochschulbereich heraufgesetzt werden.

onsparteien bündelten und kanalisiert den Protest, der sich in den vorgegebenen Bahnen kaum radikalisieren konnte.

Es können demnach unterschiedliche Formen der Parteiensysteminstitutionalisierung unterschieden werden: eine demokratisierungsfördernde und eine den Autoritarismus stabilisierende Form. Demokratisierungsfördernd ist eine Schwächung der Willkürherrschaft von *strongmen* und die Konsolidierung einer prodemokratischen Opposition. Herrschaftsstabilisierend wirken die Ausweitung der Hegemonie UMNOs, die Fragmentierung unter den Nicht-*Bumiputera*- und nichtmuslimischen *Bumiputera*-Parteien und der Aufbau einer mächtigen Stellvertreterpartei. Die Auswirkungen einer zunehmend ethnisierten Politik sind noch schwer zu bemessen.

Für die Untersuchung der Institutionalisierung von Parteiensystemen bedeuten diese Befunde, dass der Zusammenhang zwischen Institutionalisierungs- und Demokratisierungsprozessen in elektoral-autoritären Regimen komplexer ist als häufig angenommen. Es gibt Formen der Parteien- und Parteiensysteminstitutionalisierung, die das elektoral-autoritäre Regime aushöhlen. Seit 1998 hat sich in Westmalaysia ein Oppositionsbündnis gebildet, zunächst als Barisan Alternatif, dann als Pakatan Rakyat, das die Möglichkeit hat, in einer „protracted transition“ das politische System zu demokratisieren. Die Institutionalisierung des Oppositionsbündnisses kann also zum Untergang des Regimes führen.

Literatur

- Aeria, Andrew (2002): *Politics, business, the state and development in Sarawak, 1970-2000*, PhD Diss., London School of Economics, London
- Aeria, Andrew (2005): Sarawak: state elections and political patronage, in: Puthuchery, Mavis/Othman, Norani (Hrsg.): *Elections and Democracy in Malaysia*, Bangi, 118-152
- Brown, Graham (2004): Restraining Autonomy: Politics in Sabah during the Mahathir Years, in: Welsh, Bridget (Hrsg.): *Reflections. The Mahathir Years*, Washington, DC, 231-239
- Brownlee, Jason (2007): *Authoritarianism in an Age of Democratization*, Cambridge
- Chin, Ung-Ho (1996): *Chinese Politics in Sarawak. A Study of the Sarawak United People's Party*, Oxford, Singapur und New York
- Chin, James (1999): Going East: UMNO's Entry into Sabah Politics, in: *Asian Journal of Political Science*, 7(1), 20-40
- Chin, James (2003): The Melanau-Malay Schism Erupts again: Sarawak at the Polls, in: Loh Kok Wah, Francis/Saravanamuttu, Johan (Hrsg.): *New Politics in Malaysia*, Singapur, 213-227
- Chin, James (2004): Autonomy: Sarawak during the Mahathir Years, in: Welsh, Bridget (2004) (Hrsg.): *Reflections. The Mahathir Years*, Washington, DC, 240-250
- Crouch, Harold (1996): *Government & Society in Malaysia*, St Leonards
- Gomez, Edmund Terence (1998): Malaysia, in: Sachsenröder, Wolfgang/Frings, Ulrike (Hrsg.): *Political Party Systems and Democratic Development in East and Southeast Asia. Volume 1: Southeast Asia*, Aldershot, Brookfield, Singapur und Sydney, 226-288
- Jawan, Jayum A. (1994): *Iban Politics and Economic Development. Their Patterns and Change*, Bangi
- King, Victor C. (Hrsg.) (1994): *World Within: The Ethnic Groups of Borneo*, Kuala Lumpur
- Kreuzer, Peter/Weiberg, Mirjam (2007): *Zwischen Bürgerkrieg und friedlicher Koexistenz. Interethnische Konfliktbearbeitung in den Philippinen, Sri Lanka und Malaysia*, Bielefeld
- Leigh, Michael B. (1974): *The Rising Moon. Political Change in Sarawak*, Sydney
- Levitsky, Steven (1998): Institutionalization and Peronism. The Concept, the Case and the Case for Unpacking the Concept, in: *Party Politics*, 4(1), 77-92

- Lim Hong Hai/Ong Kian Ming (2006): The 2004 general election and the electoral process in Malaysia, in: Croissant, Aurel/Martin, Beate (Hrsg.): *Between Consolidation and Crisis. Elections and Democracy in Five Nations in Southeast Asia*, Hamburg, 147-214
- Loh Kok Wah, Francis (1992): Modernisation, Cultural Revival and Counter-Hegemony: The Kadazans of Sabah in the 1980s, in: Kahn, Joel S./Loh Kok Wah, Francis (Hrsg.): *Fragmented Vision. Culture and Politics in Contemporary Malaysia*, Honolulu, 225-253
- Loh Kok Wah, Francis (2003): Towards a New Politics of Fragmentation and Contestation, in: ders./Saravanamuttu, Johan (Hrsg.): *New Politics in Malaysia*, Singapur, 253-282
- Loh Kok Wah, Francis (2005): Strongmen and Federal Politics in Sabah, in: Puthucheary, Mavis/Othman, Norani (Hrsg.): *Elections and Democracy in Malaysia*, Bangi, 71-117
- Mainwaring, Scott (1997): Party Systems in the Third Wave, in: Diamond, Larry /Plattner, Marc F. (Hrsg.): *The Global Divergence of Democracies*, Baltimore, MD, 185-199
- Mainwaring, Scott/Torcal, Mariano (2006): Party System Institutionalization and Party System Theory after the Third Wave of Democratization, in: Katz, Richard S./Crotty, William (Hrsg.): *Handbook of Party Politics*, London, Thousand Oaks, New Delhi, 204-227
- Mersat, Neilson Ilan (2005): *Politics and business in Sarawak (1963-2004)*, PhD Diss., Australian National University, Canberra
- Michels, Robert (1911): *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Leipzig
- Milne, Robert Stephen/Mauzy, Diane K. (1978): *Politics and Government in Malaysia*, Singapur
- Mohammad Agus Yusoff (2006): *Malaysian Federalism. Conflict or Consensus*, Bangi
- Randall, Vicky/Svåsand, Lars (2002): Party Institutionalization in New Democracies, in: *Party Politics*, 8(1), 5-29
- Reilly, Benjamin (2008): Electoral Systems and Party Systems, in: Dalton, Russell J./Doh, Chull Shin/Yun-han Chu (Hrsg.): *Party Politics in Asia: Citizens, Elections, and Democratic Development*, Boulder und London, 9-25
- Sabah, Department of Statistics Malaysia (2007): Monthly Statistical Bulletin, Januar
- Schedler, Andreas (2001): What is Democratic Consolidation?, in: Diamond, Larry/Plattner, Marc F. (Hrsg.): *The Global Divergence of Democracies*, Baltimore, MD, 149-164
- Schedler, Andreas (2006): The Logic of Electoral Authoritarianism, in: ders. (Hrsg.): *Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition*, Boulder, 1-26
- Sim Kwang Yang (2006): The Sarawak election – An epilogue, in: *Malaysiakini*, 27.5.2006
- Thornton, Laura L. (2003): Malaysia, in: Manikas, Peter M./Thornton, Laura L. (Hrsg.): *Political Parties in Asia: promoting reform and combating corruption in eight countries*, Washington, DC, 139-182
- Tilman, Robert (1976): Mustapha's Sabah 1968-1975, in: *Asian Survey*, 16(6), 495-509
- Ufen, Andreas (2009): The transformation of political party opposition in Malaysia and its implications for the electoral authoritarian regime, in: *Democratization*, 16(3), 604-627
- Ufen, Andreas (2010): *Ethnizität, Islam, Reformasi: Die Evolution der Konfliktlinien im Parteiensystem Malaysias*; Wiesbaden, i.E
- Weiss, Meredith L. (2009): *The Antidemocratic Potential of Party System Institutionalization: Malaysia as Morality Tale?*, <http://www.mcgill.ca/files/isisid/Weiss.Malaysia.pdf>, gelesen am 16.2.2010
- Welsh, Bridget/Ong Kian Ming (2006): *Sarawak at the crossroads*, in: *Malaysiakini*, 25.5.2006
- Wong Tze Ken, Danny (2004): Weaker 'Kingmakers'? Chinese Politics in Sabah under Mahathir, in: Welsh, Bridget (Hrsg.): *Reflections. The Mahathir Years*, Washington, DC, 199-209